



Politische Forderungen

Förderung von Wohneigentum – echte Chance gegen Altersarmut „Verbände-bündnis Wohneigentum“ nimmt Politik in die Pflicht

Der Erwerb der selbstgenutzten Wohnung ist nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft von Vorteil und soll deshalb vom Staat unterstützt werden. Die eigene Wohnung schafft soziale Sicherheit und schützt vor Altersarmut und Mieterhöhung. Wer Wohneigentum erwirbt und bis ins Alter selbst nutzen kann, braucht als Rentner keine Mietwohnung mehr. Wer Wohneigentum erwirbt und bis zum Rentenalter abbezahlt, hat durch die dann eingesparte Miete eine echte Chance, auch bei geringer Rente ohne staatliche Transferleistungen leben zu können. Die Wohneigentumsbildung ist damit der sicherste Weg gegen Altersarmut!

Seit mehr als zehn Jahren wurde die Wohneigentumsbildung in Deutschland nicht gefördert. Auch durch diese Benachteiligung des selbstgenutzten Wohneigentums geriet der Wohnungsmarkt vielerorts zunehmend ins Ungleichgewicht. Heute sind wieder Modelle wie das im Koalitionsvertrag verankerte Baukindergeld in der Diskussion, reichen jedoch nicht aus, um alle von Altersarmut bedrohten Zielgruppen zu erreichen. Bisher nicht bedacht sind z.B. finanzschwache Alleinstehende und Paare, aber auch Mittfünfziger der geburtenstarken Jahrgänge, insbesondere in Metropolregionen.

Die eigene Wohnung ist ein zuverlässiger Einstieg in die Vermögensbildung: Die Tilgung des Wohn-Darlehens ist eine Form des Sparens, das mietfreie Wohnen im Alter ist die zuverlässige und inflationsfeste „Auszahlung“.

Bei einem „Weiter so“ sind gemäß einer neuen Studie des Pestel-Instituts (Hannover) über 30 Prozent aller Menschen in Deutschland von Altersarmut bedroht, da sie ab 2030 auch bei Erreichen von 40 Beitragsjahren nur eine Rentenerwartung von unter 800 Euro im Monat haben werden. Davon sind Miete, Wohnneben- und Lebensunterhaltskosten nicht mehr zu bezahlen. Heute könnten diese Menschen jedoch den Erwerb eines kleinen selbstgenutzten Wohneigentums finanzieren und dann im Alter mietfrei wohnen – wenn ein paar staatliche Rahmenbedingungen aktiv verbessert würden.

Koordination

**Verband Privater
Bauherren e.V. | VPB**

Dipl.-Ing. Architektin
Corinna Merzyn
VPB-Hauptgeschäftsführerin

Chausseestraße 8
10115 Berlin
Tel.: 030 / 27 89 01-0

Pressestelle

Linda Bidner
Tel.: 030 / 28 87 99 93
Fax: 030 / 28 87 99 55
E-Mail:

[presse@
wohn-perspektive-eigentum.de](mailto:presse@wohn-perspektive-eigentum.de)





Daher sieht das „Verbände-bündnis Wohneigentum“ die Politik in der Pflicht und fordert die Bundesregierung auf, den Rahmen für die Eigentumsbildung zielgerecht aufzubauen und neben dem Baukindergeld weitere relevante Instrumente und Personengruppen für eine gesicherte und zielgerichtete Eigentumsbildung einzubeziehen.

Konkret ist folgendes zu tun:

1. Als Ergänzung zur Zielgruppe des bereits von der Bundesregierung vorgesehenen Baukindergeldes sollten folgende Bevölkerungskreise **zusätzlich** näher in den Fokus einer **Wohneigentumsförderung** genommen werden: **finanzschwache Alleinstehende und Paare, Mittfünfziger der geburtenstarken Jahrgänge** und **insbesondere Bewohner von Metropolregionen**.
 2. Bei der Wohneigentumsförderung sollte die **Wohnflächen pro Person zum Bezugszeitpunkt festgeschrieben und begrenzt** werden. Dies hat positive Nebeneffekte sowohl in Bezug auf Bezahlbarkeit und Risikovermeidung als auch in Bezug auf Bodenversiegelung, Nachhaltigkeit und Energieverbrauch.
 3. Benötigt wird ein **staatlich gefördertes Bürgschaftsprogramm zur Eigenkapitalunterstützung von Schwellenhaushalten**.
 4. Einzurichten ist eine **staatlich gefördertes Kreditprogramm mit langfristiger Zinsbindung** über die gesamte Tilgungsdauer für diese Zielgruppen. Das Programm ist auch für kleinere Darlehensbeträge mit **günstigen Konditionen** auszustatten, die sich an den heute für die gewerbliche Wohnungswirtschaft erzielbaren Bedingungen orientieren.
 5. Gewährt werden müssen zudem **Freibeträge zur Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb einer selbst genutzten Immobilie**, da jede Förderung sonst sofort wieder aufgezehrt wird.
 6. Notwendig ist eine **gezielte Förderung der Infrastruktur in Ballungsräumen** – mit einem akzeptablen Preis-Leistungs-Verhältnis für den ÖPNV, um die „Speckgürtel-Anbindung“ an Metropolen umweltverträglich zu sichern.
 7. In die Bauland-Offensive ist selbstgenutztes Wohneigentum einzubeziehen: Insbesondere **Kommunen sollen ihre Grundstücksreserven auch für selbstgenutztes Wohneigentum mobilisieren** und hierfür die Planungshoheit übernehmen, um eine zukunftsfähige städtebauliche Entwicklung der Kommunen sowie eine hohe Qualität des Wohnens mit entsprechender Wohnflächenbegrenzung sicherzustellen.
-